

Versand: 23. Januar 2018

Rathauspresse

**Medienmitteilung**

16. Januar 2018

**Initiative «NoBillag» schwächt die Randregionen und die mediale Vielfalt**

Der Regierungsrat empfiehlt die «NoBillag»-Initiative aus staats- und medienpolitischen Gründen zur Ablehnung. Diese einschneidende Initiative, die am 4. März 2018 zur Abstimmung kommt, gefährdet das bewährte Mediensystem der Schweiz und trifft auch die Kantone. Daher stellt sich der Regierungsrat offiziell gegen die Vorlage. Die Initiative hat das radikale Ziel, die Radio- und Fernsehgebühren abzuschaffen. Für den Regierungsrat ist klar, dass dieser extreme Schritt das Ende für die Angebote der SRG, aber auch von vielen privaten regionalen Anbietern von elektronischen Medien wäre. Das ist nicht im Interesse einer auf Meinungsvielfalt ausgerichteten direkten Demokratie.

Von einer Annahme der Initiative wären ländliche Gebiete wie der Kanton Uri sehr stark betroffen, weil ausschliesslich werbefinanziertes Fernsehen hier nicht funktioniert. Es käme zu einer ungesunden Ausdünnung der regionalen Medienlandschaft und der Medienvielfalt. Die Schweiz braucht unabhängige und qualitativ hochwertige Informations-, Kultur-, Bildungs- und Unterhaltungsangebote für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Eine breite und ausgewogene Berichterstattung trägt zudem massgeblich zur Integration aller gesellschaftlichen Gruppierungen (Sprachgemeinschaften, Menschen mit Sinnesbehinderungen usw.) bei.

Für den Regierungsrat ist die Kommunikation der politischen Anliegen via Medien sehr wichtig. Eine Abschaffung der Empfangsgebühren hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die Regionalberichterstattung. Regionale Radio- und Fernsehstationen, die von einem Gebührenanteil profitieren, müssten ebenfalls beträchtliche Einnahmefälle hinnehmen. Sie wären in ihrer Existenz akut gefährdet. Aber auch die regionale politische Berichterstattung im Sendegebiet der Zentralschweiz etwa durch die Sendungen «Schweiz aktuell» von Fernsehen SRF und «Regionaljournal» von Radio SRF würde entfallen. Der Regierungsrat empfiehlt darum, die «NoBillag»-Initiative abzulehnen.

**Amtsentlassungsbegehren von Landrat Thomas Huwyler, Altdorf**

Landrat Thomas Huwyler, Altdorf, hat den Regierungsrat gebeten, man möge ihn aus dem Amt als Landrat entlassen. Der Regierungsrat hat diesem Begehren entsprochen und Thomas Huwyler am 31. März 2018 aus dem Amt entlassen. Der Regierungsrat dankt Thomas Huwyler für seine grossen Verdienste um Land und Volk von Uri. Er spricht ihm dafür die volle Anerkennung und den besten Dank aus.

### **Wahl von Alexander Walker in die Kommission Energiepolitik Uri**

Der Regierungsrat hat Alexander Walker, Seedorf, Vorsteher des Amtes für Energie, für den Rest der Amtsdauer bis 31. Mai 2020 als Mitglied in die Kommission Energiepolitik Uri (EPU) gewählt. Er ersetzt Guido Scheiber, Altdorf, der im Jahr 2017 als Vorsteher Amt für Energie in den Ruhestand trat. Der Regierungsrat hat zudem beschlossen, dass der Vorsteher des Amtes für Energie künftig von Amts wegen automatisch in der EPU Einsitz nimmt, da die Fachstelle in Energiefragen in der Fachkommission unabdingbar vertreten sein muss.

### **Wahlen für die Amtsperiode 2018 bis 2021 ins Kuratorium der Kunst- und Kulturstiftung Uri**

Der Regierungsrat hat für die Periode 2018 bis 2021 die von ihm zu wählenden Mitglieder im Kuratorium der Kunst- und Kulturstiftung bestätigt respektive neu gewählt.

- Beat Jörg, Regierungsrat, Gurtellen (bisher)
- Urs Bugmann, lic. phil. I, Kulturjournalist, Kriens (bisher)
- Fabian Müller, Musiker und Komponist, Zürich (bisher)
- Pius Knüsel, Direktor Volkshochschule, Zürich (neu)

Als Geschäftsstellenleiter mit beratender Stimme hat der Regierungsrat per 1. März 2018 Ralph Aschwanden, Vorsteher Amt für Kultur und Sport, gewählt. Dem zurückgetretenen Franz-Xaver Nager, Altdorf, und dem in Pension tretenden Geschäftsstellenleiter Josef Schuler, Isenthal, wird für das grosse Engagement im Kuratorium zugunsten der Kunst- und Kulturförderung bestens gedankt.

Die Kunst- und Kulturstiftung Uri (bis 2016: Kunst- und Kulturstiftung Heinrich Danioth) wurde im Jahr 1981 vom Kunstverein Uri und dem Regierungsrat des Kantons Uri gegründet. Die Stiftung bezweckt die Förderung von Kunst- und Kulturschaffenden, die im Kanton Uri wohnen oder mit ihm besonders verbunden sind.

Im Auftrag des Regierungsrats:  
Standeskanzlei

*Rückfragen von Medienschaffenden:*

*Adrian Zurfluh, Telefon +41 41 875 2030, E-Mail [Adrian.Zurfluh@ur.ch](mailto:Adrian.Zurfluh@ur.ch)*